Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

95 (26.2.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 95 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Dienstag, 26. Februar 1918** — 77. Jahrgang. — **Mittagsblatt.**

Reval und Pskow genommen.

(Deutscher Abendbericht.)

WTB. Berlin, 25. Febr., abends. (Amtlich).

Stadt und Festung Reval wurden heute 10.30 Uhr vormittags nach Kampf besetzt.

Pleskau (Pskow) südlich vom Peipus-See ist in unserer Hand.

*

Das von deutschen Truppen besetzte Reval ist die Hauptstadt des russischen Gouvernements Esthland. Die Stadt ist nächst Petersburg und Riga der bedeutendste Seehandelsplatz des russischen Reiches an der Ostsee. Die aus ca. 70 000 Seelen bestehende Einwohnerschaft besteht aus 53,8 Proz. Esthen, 25,4 Proz. Deutschen, und 17,2 Proz. Russen. Die starkbefestigte Stadt hat einen sicheren und geräumigen Hafen und über 100 Fabriken. Reval wurde 1219 vom Dänenkönig Waldemar II. gegründet, hatte von Anbeginn rein niedersächsische Bevölkerung, kam 1346 mit Esthland durch Kauf an den deutschen Orden und war im 14. und 15. Jahrhundert eine der hervorragendsten Städte der Hansa. Nach dem Untergang der livländischen Selbstständigkeit kam Reval 1561 an Schweden und 1710 an Rußland. In der Nähe der Stadt befindet sich das von Peter I. erbaute Lustschloß Katharinental mit herrlichem Eichen- und Lindenpark.

Pskow, das nach der Meldung der Heeresleitung sich ebenfalls in deutscher Hand befindet, ist die Hauptstadt des gleichnamigen russischen Gouvernements an der Welikaja, auf der regelmäßige Dampfschiffverbindung nach Dorpat besteht. Pskow zählt ca. 31 000 Einwohner, darunter viele Deutsche. Bei Pskow erfocht der livländische Ordenmeister Plettenberg 1502 einen großen Sieg über die russische Uebermacht, der den Livländern einen 50 jährigen Waffenstillstand brachte.

Der französische Vorstoß im Elsaß.

WTB. Berlin, 25. Febr. Ueber den Vorstoß der Franzosen am 23. Febr. wird noch gemeldet: Am 23. Februar feuerte der Franzose im Sundgau von 10 Uhr 30 Min. vormittags an aus 52 Batterien Kaliber bis zu 28 Zentimeter und aus schweren Minenwerfern an 30 000 Artilleriegeschosse und 450 schwere Flügelminen gegen unsere vorderen Linien, im Batteriegelände um die Straßen im Abschnitt Niederaspach-Erbrücke-Niederburnhaupt. Um 1 Uhr mittags ließ er aus dem Kreuzwalde gegen Ninderaspach Gas ab, das über Norden nach Nordwesten drehte und in das Thanner Tal zog. Auch mit Granaten suchte er den Abschnitt zu vergasen. Nach siebenstündigem Feuer stürzten drei völlig ausgeruhte, durch Wochen hinter der Front zum Angriff geschulte Bataillone heran. Bei Erbrücke wurde er im Angriff Mann gegen Mann erstickt. In Niederaspach drang der Feind ein. Die Besatzung war an Zahl unterlegen, geschwächt, erschüttert, betäubt von zahllosen Detonationen, aber sie zögerte keine Sekunde, wartete keine Reserven, keine Hilfe ab; sie griff den Feind an, und warf ihn hinaus. Die ganze vordere Linie ist fest in unserer Hand. Infanterie und Artillerie haben sich glänzend geschlagen. Der Feind hat in ihrem Feuer schwer bluten müssen.

Die Reden Hertlings und Payers im Deutschen Reichstag.

Sitzungsbericht.

WTB. Berlin, 25. Febr.

Am Bundesratstische: Reichskanzler Graf Hertling, v. Payer, Staatssekretäre und Minister. Das Haus ist sehr gut besucht, die Tribünen sind überfüllt. Auch die Hofloge ist dicht besetzt.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr.

Das Haus beginnt die erste Beratung des Etats.

Das Wort ergreift

Reichskanzler Graf Hertling:

Ich kann Herrn Runciman nur zustimmen, wenn er gemeint hat, daß man dem Frieden bald näher käme, wenn berufene und verantwortliche Vertreter der kriegführenden Mächte sich im engeren Kreise zu einer Aussprache vereinigen wollten. Das wäre der Weg, alle die vielen gewollten und ungewollten Mißverständnisse aufzuräumen und eine Verständigung über die vielen einzelnen Fragen herbeizuführen. Ich denke hierbei ganz besonders an

Belgien.

Wiederholt ist gesagt worden, daß wir nicht daran denken, Belgien zu behalten, daß wir aber vor der Gefahr behütet bleiben müssen, daß das Land, mit dem wir nach dem Kriege wieder in Frieden und Freundschaft leben wollen, zum Gegenstand oder zum Aufmarschgebiet feindlicher Machenschaften würde. Wenn also ein Vorschlag von der Gegenseite, etwa von der Regierung in Le Havre, käme, so würden wir uns nicht ablehnend verhalten. Wenn auch die Besprechungen zunächst nur unverbindlich sein könnten. Einstweilen gebe ich gerne zu, daß die Botschaft des Präsidenten Wilson vom 11. Februar vielleicht einen

leisen Schritt zur gegenseitigen Annäherung

darstellt. Ich kann den vier Grundsätzen, welche nach Ansicht des Herrn Wilson bei einem gegenseitigen Meinungsaustausch Anwendung finden müssen, grundsätzlich beistimmen und erkläre somit mit Präsident Wilson, daß ein allgemeiner Friede auf solchen Grundlagen erörtert werden kann. Nur ein Vorbehalt ist dabei zu machen, es müßten diese Grundsätze nicht nur von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vorgeschlagen, sondern auch von allen Staaten und Völkern tatsächlich anerkannt werden. Aber noch ist dieses Ziel nicht erreicht, noch besteht kein von allen Nationen zur Wahrung des Friedens im Namen der Gerechtigkeit errichtetes Schiedsgericht. Wenn Herr Wilson gelegentlich sagt, der deutsche Reichskanzler spräche zu dem Gerichtshof der ganzen Welt, so muß ich diesen Gerichtshof als befangen ablehnen, so freudig ich es begrüßen würde, wenn ein unparteiisches Schiedsgericht bestände, und so gerne ich dazu mithelfen würde, einen solchen idealen Zustand herbeizuführen. Leider aber ist von einer ähnlichen Gesinnung bei den führenden Mächten der Entente nichts zu verspüren.

Die Kriegsziele Englands

sind noch immer durchaus imperialistisch und wollen der Welt einen Frieden nach Englands Gefallen aufzwingen. Wenn England aber von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker spricht, warum denkt es nicht daran, den Grundsatz auf Irland, Aegypten oder Indien anzuwenden? Unser Kriegsziel ist von Anfang an die Verteidigung des Vaterlandes gewesen, die Aufrechterhaltung unserer territorialen Integrität und die Freiheit unserer wirtschaftlichen Entwickelung.

Unsere Kriegführung, auch wo sie aggressiv vorgehen mußte, ist ihrem Ziel nach defensiv. Ich betone das gerade jetzt mit besonderem Nachdruck, um keine Mißverständnisse über

unsere Operationen im Osten

aufkommen zu lassen. Sie hatten lediglich den Zweck, uns die Früchte des mit der Ukraine geschlossenen Friedens zu sichern. Wir denken nicht daran, uns etwa in Esthland oder Livland festzusetzen. In Kurland und Litauen gilt es, Organe der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu schaffen. Die militärischen Aktionen haben aber einen weit über das ursprünglich gesteckte Ziel hinausgehenden Erfolg gezeitigt. Gestern ist die Nachricht eingetroffen, daß

die Petersburger Regierung unsere Friedensbedingungen angenommen

und ihre Vertreter zu weiteren Verhandlungen nach Brest-Litowsk gesandt hat. Demgemäß sind auch die deutschen Delegierten gestern abend dorthin abgereist. Möglich, daß über Einzelheiten noch gestritten wird, aber die Hauptsache ist erreicht. Der Friedenswille ist von russischer Seite ausdrücklich kundgetan. Unsere Bedingungen sind angenommen. Der Friedensschluß muß in kürzester Frist erfolgen. (Lebhafter Beifall.) Um die Früchte unseres Friedens mit der Ukraine zu sichern, hat unsere Heeresleitung das Schwert gezogen. Der Friede mit Rußland wird das glückliche Ergebnis sein.

Die Friedensverhandlungen mit

Rumänien

haben gestern in Bukarest begonnen. Auch Rumänien gegenüber wird der Grundsatz leitend sein, daß wir die Staaten, mit denen wir jetzt auf Grund der Erfolge unserer Waffen Frieden schließen, zu unseren Freunden in der Zukunft machen müssen und machen wollen.

Was

Polen

anbelangt, so ist das Land bekanntlich von Deutschland und Oesterreich-Ungarn aus drückender Abhängigkeit befreit worden mit der Absicht, einen selbständigen Staat ins Leben zu rufen. Das staatsrechtliche Problem im engeren Sinne befindet sich noch im Stadium eingehender Beratung zwischen den drei beteiligten Ländern. Das Bekanntwerden des Friedens mit der Ukraine hat in Polen im ersten Augenblick große Beunruhigung hervorgerufen. Ich hoffe aber, daß es bald gutem Willen gelingen wird, zu einem Ausgleich der Ansprüche zu kommen. Von deutscher Seite wird bei Regelung der Grenzfrage nur das militärisch Unerläßliche gefordert werden.

Die Aussicht auf den Frieden an der gesamten Ostfront ist in greifbare Nähe gerückt und die des Krieges übersatte Welt, insbesondere auch die Neutralen, fragen sich in fieberhafter Spannung, ob damit nicht auch der Zugang zum

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(42) (Nachdruck verboten.)

Siebzehntes Kapitel.

Wieder daheim! Es erschien Astrid Vermehren wie ein Traum, als sie am Morgen die Augen aufschlug und der helle, blaue Heimathimmel zu ihrem Fenster hereingrüßte. Eilig sprang sie aus dem Bett und öffnete die Balkontür. Sie schauderte ein wenig zusammen; es war noch empfindlich kühl. Der Blick schweifte weit über das Land. Einem zarten, grünen Schleier gleich hing das junge Grün auf den Bäumen und Sträuchern, und noch braun und schwer lag die Ackerscholle.

Da drüben lag Westenfelde.

Weiß schimmerte das Herrenhaus zu ihr herüber, und da, weiter links, wo der Kirchturm sich wie ein spitzer Finger in die klare, durchsichtige Morgenluft reckte, lag noch ein anderes Haus, das sie nicht sah, wohl aber mit sehnsüchtigen Sinnen suchte.

Nun fing es wieder an; sie legte das Gesicht auf den Arm, der die Tür geöffnet hielt. Wie ein schweres Verhängnis lag es auf ihr, dem sie nicht entrinnen konnte — es würde kein Ende haben, was doch gar keinen Anfang gehabt!

Sie seufzte tief auf — und ihr Blick wurde dunkel und schwer.

Dann aber raffte sie sich zusammen. Sie warf den Kopf zurück. Ihr Weg lag doch klar vor ihr!

Als sie ins Frühstückszimmer hinunterging, wartete ihr Vater schon auf sie. Der Tisch war reich mit Blumen geschmückt, und ein köstlicher, roter Rosenstrauch lag neben ihrem Gedeck.

„Von Peter!" lächelte der Geheimrat.

„Ist er denn hier?" fragte sie verwundert.

Er schlug sich leicht auf den Mund. — „O Kind, da hab ich mich schön verplaudert! — Natürlich! Und mit Ungeduld wartet er auf dich! In der Nacht ist er gekommen — er hatte sich von mir telephonisch Bescheid erbeten."

Wie ein Schatten flog es über ihr Gesicht. Sie senkte die Lider und roch an die Rosen.

„Gegen elf Uhr werden wir drüben erwartet!" sagte der Geheimrat, „also unser Kleinchen und Mama sind wirklich ganz wohl?"

„Sicher, Papa! Mama ist von Heluan ganz entzückt, sie hat dort sehr nette Gesellschaft gefundenen; ihr geht nichts ab. Vor Mitte April darfst du sie nicht erwarten! Und Ursula hat sich recht erholt; sie hat bald ihre frühere Fülle wieder erlangt; man sieht ihr kaum noch etwas an, von der schweren Krankheit."

„Astrid — nach allem — ich halte es für unsere, für deine Pflicht, daß du persönlich bei Doktor Rehfeld über Ursels Befinden Bericht erstattest. Wir sind es ihm schuldig." Sie blickte vor sich nieder, und ihre Finger zerkrümelten die frischgerösteten Brotschnitten.

„Meinst du, Papa, daß es nötig ist? Ich hatte doch immer sehr ausführlich an dich für Doktor Rehfeld mit berichtet."

„Wenn auch! Nach Mamas unüberlegten Worten damals, die ich noch nicht vergessen habe, dürfen wir in Rücksicht und Achtung nichts versäumen! Du weißt, mein Kind, daß ich mich nie gern im Nachteil gegen irgend jemand befinde! Uebrigens: Doktor Rehfeld trägt Sorge um seine Frau, die leidend ist — ich bitte dich, dich selbst nach ihren Befinden zu erkundigen."

Er deutete Astrids Zögern nach seiner Weise und redete ihr zu dem Besuche zu.

„Was fehlt der Frau Doktor Rehfeld, Papa, daß er, der so tüchtige Arzt, seiner Frau nicht helfen kann?"

Er meinte einen Hohn aus ihren Worten zu hören.

„Kannst du ein Licht, das am Erlöschen ist, neu anfachen? Das kann niemand!" sagte er in schweren Ernst, und ihr Erschrekken sehend, fuhr er fort — „ich halte nicht viel von ihr; ihr Organismus ist zu schwach, die Kräfte aufgezehrt. Sie hatte Anfang Februar einen schweren Unfall, von dem sie sich garnicht erholen kann. Die Frau Pfarrer wird dir schon alles genau erzählen, der ebenfalls „Guten Tag" zu sagen du nicht versäumen darfst. Als zukünftige Gräfin Westenfeld liegen dir allerlei Pflichten ob, die du als Astrid Vermehren nicht hast."

„Wie du an alles denkst, Papa," lächelte sie.

„Man soll den Leuten geben, worauf sie ein Recht haben!"

Dann fragte er nach dem Verlauf ihrer Reise — „ich freue mich, mein Kind, daß ich dich wieder hier habe," meinte er dann, „es war doch einsam! Ich habe euch vermißt. Wenn man älter wird —"

„Ach, Papa, rede du nicht von Aelterwerden," unterbrach sie ihn, „wenn man dich sieht, glaubt man dir deine sechzig Jahre nicht! Aber wie es mir ging: ich bekam Heimweh, tatsächlich Heimweh nach Hause, und zu Mamas Entsetzen, die mich einfach nicht verstand, packte ich, telegraphierte dir — und nun bin ich da! Ich langweilte mich zu sehr in Heluan — es sind überall dieselben faden Menschen."

Sie hörte hinter sich ein Geräusch, sah den Vater lächeln und nicken, sodaß sie sich unwillkürlich umwandte — alles Blut strömte ihr zu Herzen; Peter stand da und lachte sie glücklich an.

„Diese Ueberraschung," stammelte sie.

„Gelt, sie ist mir gelungen? Bis elf Uhr warten? Nein! Das hielt ich einfach nicht aus" — er behielt die Hand seiner Braut und bedeckte sie mit Küssen. Und sehnsüchtig hing sein Blick an ihrem Munde. Aber er wußte, daß Astrid Liebkosungen — vor wem es auch sei — nicht duldete — er mußte sich bescheiden, so schwer es ihm wurde, sie nicht in seine Arme zu reißen.

Der Diener mußte noch ein Gedeck auflegen und Peter ließ es sich schmecken — „mein zweites Frühstück schon, Liebste! Seit sechs Uhr bin ich auf und schon einmal hier vorbeigeritten! Hast du es nicht gemerkt?" fragte er zärtlich.

Jedes Wort, jeder Blick von ihm verrieten Wiedersehensfreude. Und die nächsten Minuten des Alleinseins, die er sich geschickt erzwungen, benutzte er, Astrid an seine Brust zu nehmen und sie zu küssen, daß ihr der Atem verging. Wie eine heiße Welle strömte seine Zärtlichkeit über sie hin, doch ohne die ihre zu wecken. In seiner trunkenen Verliebtheit merkte er gar nicht, daß sie nur die Duldende, nehmende war!

„Astrid, du Geliebte, Einzige, wie hab ich mich nach dir gesehnt!" flüsterte er zwischen seinen Küssen, „Du nicht auch? Hat dich die Sehnsucht nicht getrieben? Bist du darum nicht früher gekommen?

„Ja, die Sehnsucht hat mich getrieben!" sagte sie mit schwerer Stimme, und ihre Blicke gingen über ihn hin in unbestimmte Fernen.

„Astrid mein Haus wartet auf seine Herrin! Was steht im Wege, wenn wir bald heiraten?" Mit flehendem, heißem Blick suchte er ihre Augen — „wenn ich Bernhard in seinem Glück sehe, faßt mich der Neid! — Wir könnten Pfingsten verheiratet sein, wenn du wolltest."

(Fortsetzung folgt.)

allgemeinen Frieden eröffnet sei. (Beifall.) Aber noch scheint man in England, Frankreich und Italien völlig abgeneigt, der Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit Gehör zu geben. Die Entente hat von Anfang an Eroberungsziele verfolgt. Sie kämpft für die Herausgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich. Ich habe dem früher hierüber Gesagten nichts hinzuzufügen.

Es gibt keine elsaß-lothringische Frage

im internationalen Sinne. (Beifall.) Die Entente kämpft für den Erwerb österreichisch-ungarischer Gebietsteile durch Italien, für die Abtrennung von Palästina, Syriens und Armeniens vom türkischen Reich. England hofft durch Schaffung eines unabhängigen Schutzstaates dem englischen Reich neue Gebietsteile anzugliedern, um den gewaltigen englischen Besitz, namentlich in Afrika zu mehren und abzurunden. Angesichts dieser Politik wagen es die Staatsmänner der Entente noch immer, Deutschland als Störenfried hinzustellen, der im Interesse des Weltfriedens in die engsten Schranken verwiesen, wenn nicht vernichtet werden müsse. Durch ein System von Lüge und Verleumdung sind sie unausgesetzt bemüht, wie die eigenen Völker, so auch die Neutralen gegen die Mittelmächte aufzuhetzen und die Neutralen, insbesondere auch mit dem Geschwätz einer Neutralitätsverletzung durch Deutschland, abzuschrecken.

Gegenüber einem

Intrigenspiel,

wie es neuerdings wieder in der Schweiz betrieben wird, erkläre ich vor aller Welt, daß wir nie daran gedacht haben, noch daran denken werden, die schweizerische Neutralität anzutasten. (Lebhafter Beifall. Sehr wahr!) Wir wissen uns der Schweiz gegenüber nicht nur durch die Grundsätze des Völkerrechtes, sondern durch Jahrhunderte alte freundschaftliche Beziehungen längst verpflichtet. Der Schweiz, wie den übrigen neutralen Staaten, Holland, den skandinavischen Ländern und dem durch seine geographische Lage besonderen Schwierigkeiten ausgesetzten Spanien, nicht minder auch den noch nicht in den Krieg eingetretenen außereuropäischen Ländern, zollen wir die größte Hochachtung und Dankbarkeit für die mannhafte Haltung, mit der sie allen Anfechtungen und Bedrückungen zum Trotz die Neutralität bewahren. Anhaltender Beifall.) Die Welt sehnt sich nach Frieden. Aber die Bedingungen der feindlichen Staaten peitschen die Kriegführenden immer wieder von neuem auf. Daneben lassen allerdings in England auch andere Stimmen sich hören, und man kann nur wünschen, daß solche Stimmen sich mehren.

Unser braves, bewunderungswürdiges Volk wird weiter aushalten. Aber das Blut der Gefallenen, die Qualen der Verstümmelten, alle Not und alles Leid der Völker wird über die Häupter derjenigen kommen, die sich hartnäckig weigern, der Stimme der Vernunft und Menschlichkeit Gehör zu schenken. (Wiederholter, anhaltender Beifall im ganzen Hause.)

Nach dem Reichskanzler nahm der Vizepräsident des Staatsministeriums

von Payer

das Wort und führte etwa folgendes aus:

Eine offizielle Vorstellung werden Sie mir wohl erlassen. Wer, wie ich, dem Hause 36 Jahre lang angehört hat, tritt Ihnen nicht als Fremder gegenüber. Umgekehrt betrachte ich es als wichtigsten Teil meiner Aufgabe, einem vertrauensvollen und reibungslosen Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung die Wege zu ebnen.

Heute im vierten Jahre des Krieges, kann es für

die deutsche innere Politik

nur einen Gesichtspunkt geben: durch Zusammenfassung aller Kräfte im Reiche und durch bürgerliche Einigkeit, Arbeit und Opferwilligkeit unseren siegreichen Heeren ihre schwere Aufgabe zu erleichtern. Den Grund zu dieser Politik hat, gestützt auf die kaiserlichen Worte vom 4. August 1914, in großzügigen Vertrauen auf das ganze deutsche Volk, der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg gelegt. Ihm gebührt dafür immer der Dank des deutschen Volkes. Seine Nachfolger sind ihm immer treu geblieben. In der ersten Zeit des Krieges ist nach dem Wort des Kaisers: Ich kenne keine Parteien mehr! der Burgfriede so gut wie allgemein beobachtet worden. Damals hielt der Gedanke, daß den gleichen Pflichten die gleichen Rechte entspringen müßten, seinen Einzug in Deutschland. Es gibt keine Macht auf Erden, die diesen Gedanken wieder auszurotten imstande wäre. Die verbündeten Regierungen haben manchen Standpunkt aufgegeben, an dem sie festgehalten haben, und gern von Anfang an dieser Bewegung Rechnung getragen.

Payer erwähnte sodann die verbesserte Fürsorge für die Angehörigen und Hinterbliebenen der Einberufenen, die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Invalidenversorgung, Veränderung des Vereinsrechtes, die Novelle zum Militärstrafgesetzbuch, das Arbeitskammergesetz, die Neueinteilung der Wahlkreise zum Reichstage, die geplante Aufhebung des Par. 153 der Gewerbeordnung, die bevölkerungspolitischen Gesetze und die Bundesratsverordnung gegen die Preistreiberei, sowie das geplante Eingreifen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge. An diesen gemeinnützigen Einrichtungen sollen sich Gemeinden, Einzelstaaten und Reich gemeinsam beteiligen. Er fuhr dann fort:

Auch die Einzelstaaten sind sich des Gebotes der Stunde und des Handels der Dinge bewußt. Das hervorragendste Beispiel ist die

Aenderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause.

Nichts liegt mir ferner, mich in die Angelegenheiten des Bundesstaates Preußen einzumischen. Die Frage, ob für das preußische Abgeordnetenhaus ein dem Reichstagswahlrecht gleiches oder entgegengesetztes Wahlrecht besteht, greift aber schon wegen des starken Eingreifens Preußens in die Gesetzgebung und Verwaltung tief in die Verhältnisse des Reiches ein. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte). Auch bei dem letzten

Streik

hat die Frage des preußischen Wahlrechts eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Die Reichsleitung steht selbstverständlich durchaus auf dem Boden der letzten Erklärungen des Herrn Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten im preußischen Abgeordnetenhause und des preußischen Ministers des Innern, die sich unbedingt dafür eingesetzt haben, daß

der Standpunkt der kaiserlichen Proklamation vom 11. Juli 1917 unverändert festgehalten werden müsse.

(Lebhafter Beifall in der Mitte und links.) Die Reform scheint durch den bekannten Beschluß der Ausschußmehrheit auf ein totes Geleis gekommen zu sein, und man erörtert schon jetzt alle staatrechtlichen Möglichkeiten, als ob der Entwurf schon endgültig gescheitert wäre. Aber es ist schon mancher Entwurf ebenso gefährdet gewesen und doch noch glücklich unter Dach gelangt. Nach meiner festen Ueberzeugung besteht die Gewißheit: das im Entwurf vorgesehene Wahlrecht für Preußen kommt, und es besteht die gute Hoffnung, daß es bald kommt. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Für das von den verbündeten Regierungen angestrebte

enge Zusammenarbeiten zwischen Reichsleitung und Volksvertretung

hat man schließlich eine rein taktische Lösung gefunden, und mit beiderseitigem gutem Willen darf man hoffen, daß sich diese Lösung als segensreich erweisen wird. Dann ist auch die Hoffnung berechtigt, daß diese Schöpfung den Krieg überdauern wird. Leider wird nun das Bild der Geschlossenheit und Einigkeit durch extreme Bewegungen von beiden Flügeln her getrübt, wenn auch nicht in dem Maße, daß man darum an der Zukunft verzweifeln müßte. Der jüngste Streik hat die Hoffnung unserer Feinde auf unseren schließlichen Zusammenbruch wieder belebt, die Friedenshoffnungen beeinträchtigt, vielleicht den Krieg direkt verlängert, und hat viel Unglück und Not über einzelne Individuen und Familien gebracht. Und wenn es nicht noch schlimmer geworden ist, so ist das nicht das Verdienst seiner Urheber. Es war ein Fehler, daß die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei nach ursprünglicher Zurückhaltung sich schließlich doch noch an dem Streik beteiligt haben, der seiner ganzen Natur nach kein Ergebnis haben konnte. Es konnte doch schließlich wirklich niemand daran denken, daß das deutsche Volk in den Fabriken aufstehen würde, um sein immer noch erträgliches Joch mit den

Idealen des Bolschewismus

zu vertauschen. Das Zustandekommen der Wahlrechtsreform ist durch den Streik eher gefährdet worden.

Auf dem Ernährungsgebiet hätte der Streik nur dann einen Sinn gehabt, wenn es etwa am guten Willen fehlte. Was aber den Zweck der Beschleunigung der Friedensarbeit anbelangt, so hätten doch dazu auch die radikalen Parteien in den feindlichen Ländern sich anschließen und stark genug sein müssen, um die Macht an sich zu reißen. Die Möglichkeit des Friedens rückt immer weiter ab, sowie der Gegner Spuren der Uneinigkeit bei uns zu entdecken glaubt, und die Urheber des Streikes haben weder der Achtung des Vaterlandes noch der des Volkes einen Dienst getan. (Lebhafter Beifall).

Die Aussprache über die Kriegsziele

ist frei in den Grenzen, die die Rücksicht auf das Wohl des Vaterlandes zieht. Aber wie wenig wird leider diese selbstverständliche Rücksicht geübt. Von der äußersten Rechten wie von der äußersten Linken spricht man leider immer wieder dem Gegner den guten Glauben ab, und will eine abweichende Meinung nur aus einem Charakterfehler erklären können. Im Auslande aber wird leider nicht beachtet, daß es immer nur ein kleiner Teil des Volkes ist, der auf diesen extremen Standpunkten steht, und unsere Feinde haben die Wahl, ob sie ihre Pfeile dem Köcher der äußersten Linken oder der äußersten Rechten entnehmen wollen. Unter diesen Gesichtspunkten ist überaus beklagenswert, daß unlängst in Berlin in einer von Tausenden besuchten Versammlung von der „niederträchtigen Friedensresolution der Reichstagsmehrheit" gesprochen und das Bild eines Reichskanzlers gezeigt werden konnte, auf den geschossen wird, der aber auch seinerseits schießt. (Stürmischer Beifall links und in der Mitte, Unruhe und Widerspruch rechts.)

Der Vizekanzler ging sodann auf

die Kriegsgesellschaften

ein und betonte, daß die Reichsleitung nicht daran denke, die Organisationen, die für den Krieg notwendig, aber auch nur für den Krieg geschaffen sind, zu verewigen. (Lebhafter Beifall). Sie können vielleicht in dem Augenblick des Friedensschlusses beseitigt werden, aber auch dem Handel und der Industrie in der Uebergangszeit kräftig mithelfen.

Zum Schlusse erneute der Stellvertreter des Reichkanzlers seine Bitte um Einigkeit und Geschlossenheit. Jahre schwerster Kämpfe und Entbehrungen liegen hinter uns. Unvergleichlich kürzer ist dagegen menschlicher Voraussicht nach die Spanne Zeit, die uns noch vom Frieden trennen wird. Nur auf Eines könnten noch unsere Feinde hoffen: „Die Uneinigkeit hinter der Front." (Stürmischer Beifall und Händeklatschen in der Mitte und auf der Linken. Widerspruch, Pfui- und Zwischenrufe rechts. Erneuter lebhafter Beifall links und im Zentrum, wodurch der Widerspruch der Rechten erstickt wird.)

Vizepräsident Dr. Pasche: Das Händeklatschen und das Pfuirufen entspricht nicht der Würde des Hauses. — Ich schlage vor, die nächste Sitzung morgen 1 Uhr abzuhalten.

Abg. Frhr. v. Gamp (Reichspartei) und

Prinz zu Schönaich-Carolath (nat.-lib.) beantragen, den Anfang der morgigen Sitzung auf 1 Uhr festzusetzen.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Ich beantrage, die Sitzung erst um 2 Uhr beginnen zu lassen, damit wir genügend Zeit haben, den Wortlaut der herausfordernden Rede zu studieren, die wir soeben gehört haben. (Lauter Beifall rechts, Widerspruch links.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Grafen Westarp gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt. (Händeklatschen und Pfuirufe links.)

Der Beginn der Sitzung wird auf 1 Uhr festgesetzt.

Tagesordnung: Fortsetzung der allgemeinen Aussprache über den Etat.

Schluß 4¾ Uhr.

Schweizerisch-italienische Grenzsperre.

WTB. Bern, 25. Febr. Schweiz. Dep.-Ag. Die Grenze zwischen der Schweiz und Italien ist vollständig gesperrt. Der gesamte Personen- Gepäck- und Güterverkehr ist eingestellt, auch der Zugverkehr Brieg-Iselle, was bisher bei Grenzsperren noch nie der Fall war.

Fürsorge für geisteskrank gewordene Soldaten.

0 **Berlin,** 25. Febr. Wiederholt ist in der Tagespresse die Ansicht geäußert worden, daß die Heeresverwaltung für geisteskrank gewordene Soldaten nicht genügend sorge und daß diese bei ihrer Entlassung aus dem aktiven Dienst in manchen Fällen der öffentlichen Armenpflege zur Last fielen. Diese Ansicht ist nicht zutreffend.

Eine Inanspruchnahme der öffentlichen Armenpflege ist für diese Kranken bei ihrer Entlassung vollkommen ausgeschlossen; die Versorgungsgebührnisse und sonstige Zuwendungen für die Betreffenden werden von der Heeresverwaltung so bemessen, daß auch ein Eingreifen der Organe der Kriegswohlfahrtspflege — soweit es sich lediglich um finanzielle Hilfe handelt — nicht erforderlich ist.

Die hiermit nicht ganz im Einklang stehenden Verwaltungsvorschriften sind jetzt entsprechend geändert; es ist Anordnung getroffen, daß alles, was militärischerseits im Interesse eines Geisteskranken und seiner Angehörigen zulässig ist vor und bei seiner Entlassung aus dem aktiven Dienst zu geschehen hat — ohne daß es besonderer Anträge des Mannes, seines Vormundes oder Pflegers bedarf.

Dem Vormund oder Pfleger steht übrigens das Verfügungsrecht über die dem Geisteskranken bewilligten Versorgungsgebührnisse zu. Sie werden, wenn sich der Kranke in Anstaltspflege befindet, niemals unmittelbar an die Anstalt, sondern an den Vormund oder Pfleger ausgezahlt. Ein Einfluß auf die Art der Verwendung des Geldes wird seitens der Heeresverwaltung nicht ausgeübt.

Die Annahme der deutschen Friedensbedingungen durch Rußland.

WTB. **Petersburg,** 25. Febr. (Pet. Tel.-Ag.) Folgendes Telegramm wurde am 24. Februar, 7 Uhr früh, durch Funkspruch an die deutsche Regierung in Berlin, die österreichisch-ungarische Regierung in Wien, die bulgarische in Sofia und die osmanische in Konstantinopel abgesandt.

Gemäß der vom ausführenden Hauptausschuß und vom Rat der Vertreter der Arbeiter, Bauern und Soldaten am 24. Februar, 4 Uhr 30 Min. früh getroffenen Entscheidung hat der Rat der Volksbeauftragten beschlossen, die von der deutschen Regierung gestellten Friedensbedingungen anzunehmen und eine Abordnung zur Unterzeichnung des Friedens nach Brest-Litowsk zu senden.

Der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten:
Wladimir Lenin.

Der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten:
Leo Trotzki.

*

Die deutsche Antwort.

WTB. **Petersburg,** 25. Febr. (Reuter.) **Die Funkenstation Zarskoje Selo empfing um Mitternacht ein Funktelegramm, gerichtet an den Rat der Volksbeauftragten und unterzeichnet: Hoffmann, worin mitgeteilt wird, daß die deutsche Antwort um sechs Uhr morgens dem russischen Kurier ausgehändigt worden sei, der sofort die Rückreise angetreten habe. Ein zweiter Funkspruch, an Trotzki gerichtet, und vom Grafen Czernin unterzeichnet, teilt mit, daß Oesterreich-Ungarn zusammen mit seinen Verbündeten Friedensverhandlungen einzuleiten bereit sei.**

*

Die neuen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

WTB. **Wien,** 25. Febr. Botschafter v. Merey begab sich gestern abend als Bevollmächtigter Oesterreich-Ungarns zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk. In seiner Begleitung reisen Gesandter v. Wiesner, Hof- und Ministerialsekretär v. Marsovski, Legationssekretär Baron Gautsch, Konsul Wildner, Sektionsrat im K. K. Handelsministerium v. Allmayer-Beck und Sektionsrat Dr. Petery vom Königl. ungarischen Handelsministerium.

WTB. **Wien,** 24. Febr. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Als Vertreter des Armeeoberkommandos bei den bevorstehenden Verhandlungen in Brest-Litowsk fungiert wieder Feldmarschalleutnant Czicsericev. Bacsany. Ihm sind beigegeben die Generalstabsmajore Frhr. v. Mirbach v. Horstenau und Militärintendant v. Rabl.

Kein italienischer Sonderfriede.

WTB. **Rom,** 25. Febr. (Ag. Stef.) **Auf eine Anfrage Labriolas in der Kammer erklärte der Minister des Aeußern, Sonnino, daß die italienische Regierung niemals in irgend einer Form einem Sonderfrieden zugestimmt habe. Die Nachrichten über Verhandlungen wegen eines Sonderfriedens seien vollkommen falsch.**

Aus dem Großherzogtum.

△ **Mannheim,** 24. Febr. Der Grund- und Hausbesitzerverein ließ in einer Mitgliederversammlung von seinem Vorsitzenden, Herrn v. Au, die Frage der Mietspreissteigerung im Zusammenhang mit der Tätigkeit und Stellungnahme des Mieteinigungsamtes und der Zentrale für Kriegsfürsorge behandeln. Wie der Redner mitteilte, haben in Mannheim die Erhebungen über die Mietausfälle ergeben, daß 572 Vermieter in 661 Häuser einen Mietausfall von 1483279.86 *M* zu tragen hatten. Dies bedeutet einen Durchschnittsverlust von je 2593.33 *M*. Im Sinne der weiteren Ausführungen des Redners wurde eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird, daß rückwirkend auf 1. Januar von der Kriegsfürsorge die volle Friedensmiete zuerkannt wird. Aus Gründen wirtschaftlicher Notwendigkeit und Gerechtigkeit sollte in besonderen Fällen auch eine entsprechende Erhöhung über die Friedensmiete hinaus durch die Zentrale für Kriegsfürsorge zugebilligt werden.

× **Heidelberg,** 24. Febr. Die Einlagen bei der städt. Sparkasse beliefen sich im Monat Januar d. J. auf 2236331 *M*, die Rückzahlungen auf 695326 *M*.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe,** 26. Februar 1918.

= **Die gestrige Bürgerausschußsitzung** stand nicht im Zeichen der Einigkeit und Geschlossenheit. Trotzdem die einzelnen Vorlagen wiederholt mit aller Gründlichkeit und Genauigkeit in verschiedenen Kommissionen durchberaten worden waren, konnten die Anträge des Stadtrats nicht ohne weiteres unter Dach und Fach gebracht werden. Gleich die erste Vorlage stieß auf solchen Widerstand, daß der Oberbürgermeister es selbst für ratsam hielt, den stadträtlichen Antrag wegen Beschaffung von Wagen für die städtische Straßenbahn, bezw. die Bewilligung der von den betr. Firmen verlangten Mehrkosten einer gemischten Kommission zu überweisen. Hoffentlich gelingt es dieser Kommission bis zur nächsten Sitzung die neuen städtischen Straßenbahnwagen ohne weiteren Entgleisungen dem Depot der Straßenbahn zuzuführen. Die nächste Angelegenheit, bei der sich Meinungsverschiedenheiten stark bemerkbar machten, betraf die Erhöhung des Tarifs für die städtischen Straßenbahnen und die Lokalbahnen. Hier waren es neben einer Reihe beachtenswerter finanzieller Bedenken insbesondere viele unbedeutende Wünsche und Arregungen, die die kostbare Zeit des Plenums in Anspruch nahmen. Der Kohlenersparnis, die von Zentrumsseite wieder einmal zur Bekämpfung der Feuerbestattung gewaltsam herangezogen wurde, hätte mehr gedient werden können, wenn ein großer Teil dieser Wünsche einfach an maßgebender Stelle innerhalb der Dienststunden auf dem Rathaus vorgebracht worden wäre. Wir sind überzeugt, daß der Wunsch auf das Anzünden einer Laterne beim Kühlen Krug ebenso gut Berücksichtigung gefunden hätte als durch den Vortrag in vorgerückter Stunde in den gelichteten Reihen des Kollegiums. Ebenso hätten die Aufschlüsse über betriebstechnische Fragen der Straßenbahn im Geschäftszimmer des Bahnamts genau so ausführlich erteilt werden können. Im übrigen hat das Bahnamt ja auch Telephonanschluß. Beachtenswert war in der gestrigen Sitzung die Antwort des Oberbürgermeisters auf die kleine Anfrage über die Maßnahmen der Stadtverwaltung zur Bekämpfung der nach dem Kriege drohenden Wohnungsnot. Wie aus dem ausführlichen Sitzungsbericht zu ersehen ist, hat die Stadtverwaltung dieser Angelegenheit nicht allein ihre vollste Aufmerksamkeit gewidmet, sondern auch Fürsorge getroffen, daß den berechtigten Wünschen des durch den Krieg so schwer geschädigten Bauhandwerks ebenso Rechnung getragen wird wie den gemeinnützigen Bestrebungen von Genossenschaften. Auch hier geht die Stadtverwaltung von dem Grundsatze aus, daß durch Heranziehung aller verfügbaren Kräfte dem Ganzen aufs Beste gedient wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Na. **Dem Ortsausschuß des Badischen Heimatdanks** wurde von den Oberko-Werken G. m. b. H., Nährmittel und chemische Erzeugnisse in Karlsruhe, der Betrag von 1000 ℳ überwiesen.

Na. **Die städtische Sparkasse Karlsruhe** weist im Januar 1918 ihren größten Zuwachs an Spareinlagen seit ihrem Bestehen auf. Die Einzahlungen überwiegen die Rückzahlungen in diesem Monat um 3,044,167 ℳ 87 ₰. Auch der Februar läßt sich sehr günstig an. Die Zahl der Abfertigungen (Einlagen und Rückzahlungen) einschl. des Giro- und Scheckverkehrs, jedoch ausschließlich der Schulsparkasse, betrug im Januar über 40,000 ℳ.

= **Neuregelung der Brennholzversorgung.** Das Ministerium des Innern hat seine am 2. Oktober 1917 erlassene Verordnung über den Verkehr mit Brennholz zum Teil neu gestaltet. Nach der neuen Verordnung sind die Waldbesitzer verpflichtet, für die Brennholzversorgung der Bevölkerung eine der Leistungsfähigkeit des Waldes entsprechende Brennholzmenge auf Anordnung der Landesbrennholzstelle dieser zur Verfügung zu stellen. Ist der Waldbesitzer nicht gewillt, oder in der Lage, das angeforderte Brennholz auszubereiten, so kann die Landesbrennholzstelle der Gemeinde, welcher das Brennholz zugewiesen werden soll, die Selbstaufbereitung des Holzes übertragen. Die Selbstaufbereitung ist nach der näheren Weisung des Forstamts, welchem der Wald forstpolizeilich zugeteilt ist, durchzuführen. Die Abgabe des Brennholzes erfolgt zu den vom Ministerium des Innern bestimmten Preisen, abzüglich der von dem Forstamt festzusetzenden Zurichtungskosten. Die weiteren Bestimmungen der Verordnung beziehen sich dann auf die Angeigeverpflichtung des Waldbesitzers, über sämtliches fertiggestellte nicht für den eigenen Bedarf benötigte Brennholz. Dem Waldbesitzer steht das Recht zu, das Brennholz solange nicht zur Abfuhr freizugeben, bis die Barzahlung erfolgt ist.

Na. **Holzspende.** Von dem Lebensmittel-Konsumgeschäft Emil Bucherer wurden dem Oberbürgermeister 100 Gutscheine über je 10 Bündel Holz zur geeigneten Verwendung für die Kriegsfürsorge zur Verfügung gestellt.

Sitzung des Karlsruher Bürgerausschusses.

= **Karlsruhe**, 25. Februar.

Bei Beginn der Sitzung — ½5 Uhr — sind 65 Mitglieder anwesend. Das Haus ist beschlußfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Vorsitzende Oberbürgermeister Siegrist folgende

kurze Anfrage:

Was gedenkt die Stadtverwaltung zu tun, um der nach Kriegsbeendigung drohenden Wohnungsnot wirkungsvoll zu begegnen oder vorzubeugen?

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, daß sich der Stadtrat schon seit längerem mit der Wohnungsfrage beschäftigt. Es wurden Erhebungen angestellt über die leerstehenden Wohnungen, wobei festgestellt wurde, daß im Jahre 1917 in Karlsruhe nur 427 leerstehende Wohnungen vorhanden waren gegen 693 im Jahre 1915. Um eine genauere Statistik zu bekommen, soll jetzt die Wohnungsmeldepflicht eingeführt werden. Ferner wurden Erhebungen angestellt über die Zahl der kriegsgetrauten Paare, die noch keine Wohnungen haben, über die Zahl der Familien, die infolge des Kriegsdienstes ihre Wohnung aufgegeben haben. Aus allem hat sich ergeben, daß nach dem Kriege tatsächlich in Karlsruhe eine Wohnungsnot entstehen wird. Zur Verhütung dieser Not wurden verschiedene Maßnahmen ins Auge gefaßt. So sollen die Dachwohnungen, die bisher nicht benutzt werden durften, in Zukunft wieder bezogen werden. Dann sollten vorhandene Häuser, die bisher anderen Zwecken dienten, für Wohnungszwecke eingerichtet werden. So könnten verschiedene Wirtschaften, die geschlossen werden mußten, gut als Wohnungen hergerichtet werden, ebenso Gebäude, die bisher anderen gewerblichen Zwecken dienten. Als Notbehelfe für Kleinwohnungen könnte auch das alte Bahnhofsgebäude und das Offiziersgefangenenlager verwendet werden. Die Hauptsache aber sei, daß durch Neubauten der Wohnungsnot abgeholfen werde. Dazu sei erforderlich, daß Baupläne hergestellt, Straßen erbaut und Geld für Baumaterialien beschafft werden. Was das Gelände anbetreffe, so sei daran kein Mangel. Für Kleinwohnungen stehen jetzt schon baureifes Gelände von 35 470 Quadratmeter und weiteres Baufügung. Außerdem könnten leicht weitere 28 977 Quadratmeter für Kleinwohnungen und weitere 438 000 Quadratmeter für andere Wohnungen baureif gemacht werden. Das sei soviel Gelände, daß darauf eine ganze Stadt mit 40 000 Einwohner hergestellt werden könnte. Die Hauptsache bei der Errichtung von neuen Wohnungen sei aber die Kapitalbeschaffung. Auch in dieser Frage habe die Stadt schon Schritte getan. Er erinnere an die Beleihung der Bauten durch die städtische Sparkasse, an die Gründung der städtischen Häuserkasse, die auch zweite Hypotheken geben soll, und an die Hypothekensicherungs-Genossenschaft, an der sich die Stadt hervorragend beteiligt habe. Es sei aber ausgeschlossen, daß das Wohnungsbedürfnis für Kleinwohnungen durch gemeinnützige Gesellschaften allein befriedigend gelöst werden könne. Durch Erhebungen wurde festgestellt, daß durch gemeinnützige Genossenschaften — Gartenstadtgesellschaft und Bau- und Sparverein — in der Stadt Karlsruhe etwa 10 Prozent des Bedürfnisses befriedigt wurden, während die übrigen 90 Prozent des Baubedürfnisses durch Private gedeckt wurden. Wenn man in Zukunft alle Mittel nur den Baugenossenschaften zuwenden würde, so wäre das ein großer Fehler. Die privaten Bauunternehmer würden dadurch vom Bauen abgehalten und die allgemeine Bautätigkeit würde also auf diesem Wege nicht gefördert, sondern erschwert. Es sei zu beachten, daß die Mieten für die neuen Häuser infolge der Verteuerung der Materialien und Arbeitslöhne höher werden als die Mieten in den bestehenden Häusern. Der Stadtrat habe erkannt, daß es notwendig sei, daß die Stadt bei der Erstellung von Neubauten mit gutem Beispiel vorangehe. Deshalb wurde die Erbauung von städtischen Häusern für städtische Beamte in der Nähe des Straßenbahndepots, des Elektrizitätswerkes und am Rheinhafen ins Auge gefaßt. Es wurde aber auch als notwendig erachtet, daß durch gesetzliche Maßnahmen die Bautätigkeit gefördert werde. Das könne geschehen durch Aenderung des Erbbaurechts, dahingehend, daß in Zukunft auch Gebäude im Erbbaurechte durch Hypotheken belastet werden könnten. Ferner wurde von seiten der Bodenreformer die Aenderung des Enteignungsrechts angestrebt, dahin, daß bei der Enteignung der Steuerwert maßgebend sein sollte. Alles in allem könne er, der Oberbürgermeister, sagen, daß der Stadtrat der Wohnungsfürsorge größtes Interesse entgegenbringe.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Als erster Punkt gelangt zum Aufruf

Beschaffung von Wagen für die städtische Straßenbahn und die Karlsruher Lokalbahnen.

Der Vorsitzende teilt hierzu mit, daß diese Vorlage von verschiedenen Seiten auf Widerstand gestoßen sei. Da es aber nicht wünschenswert sein könne, rein geschäftliche Angelegenheiten in breiter Oeffentlichkeit zu verhandeln, schlage er vor, die Vorlage zur erneuten Prüfung einer gemischten Kommission zu überweisen.

Der Vorschlag wird ohne Debatte angenommen.

Die Beschaffung von Tafelwagen für die Lokalbahnen und die Beschaffung von Güterwagen für die Straßenbahn

wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Beratung über **die**

Aenderung der Tarife für die Straßenbahn und der Lokalbahnen.

Es handelt sich hier, wie wir schon ausführlich mitgeteilt haben, um eine wesentliche Erhöhung der Tarife. Zur Vorlage des Stadtrats wurden sowohl vom geschäftsleitenden Vorstand der Stadtverordneten wie von seiten einzelner Fraktionen Abänderungsvorschläge eingebracht.

Der eine Abänderungsvorschlag wurde eingehend vom Stadtv. Trautmann (nat.-lib.) begründet. Der Redner geht von dem Gedanken aus, daß die Straßenbahn nicht allzusehr vom rein fiskalischen Gesichtspunkte aus betrieben werden solle, sondern vom Gesichtspunkte des allgemeinen Bedürfnisses. Er ist der Ansicht, daß die Erhöhung zu hoch ist. Er schlägt vor, außer dem Tarif für drei Teilstrecken noch einen solchen für zwei Teilstrecken einzuführen und die Preise für Monatskarten gegenüber dem Vorschlage des Stadtrats zu ermäßigen. Ferner wünscht der Redner eine andere Gestaltung des Uebereinkommens mit der Albtalbahn.

Der Oberbürgermeister wendet sich in seiner Antwort zunächst gegen die Abänderungsvorschläge, die auf eine Verminderung der Tarif-Erhöhung hinauslaufen. Die Erhöhung, wie sie der Stadtrat vorgeschlagen habe, sei unbedingt notwendig, um die Kosten für die Fahrkartensteuer, die Kohlensteuer und die sonstigen Mehrkosten zu decken. Wenn man die Erhöhung nicht einführe, dann müsse eben die Umlage erhöht werden. Das träfe aber die Allgemeinheit schwerer als die Erhöhung der Tarife. In anderen Städten habe man die Straßenbahntarife schon lange erhöht. Er bitte also dringend, die Vorlage des Stadtrats anzunehmen und die Abänderungsvorschläge abzulehnen. Was den Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion anbelange, nach dem Kriegsinvaliden billiger befördert werden sollten als andere Fahrgäste, so sei dieser Wunsch aus verschiedenen Gründen nicht zu erfüllen. Im übrigen warne er vor solchen Ausnahmen, die den Verkehr nur erschweren würden. Er hoffe, daß die Kriegsbeschädigten durch die Kriegsfürsorge so gestellt werden, daß sie auch den vollen Tarif auf der Straßenbahn zahlen können.

Stadtv. Heinsheimer (nat.-lib.) teilt mit, daß die Kommission, in der alle Parteien vertreten seien, sich überzeugt habe, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen nichts anderes übrig bleibe, als den Tarif in der vom Stadtrat vorgeschlagenen Weise zu erhöhen. Wenn man bedenke, daß die Straßenbahn in diesem Jahre allein eine halbe Million an eingezogene Arbeiter und Beamte bezahlt habe, so müsse man zugeben, daß eine Erhöhung der Einnahmen eben unbedingt notwendig sei. Wir müssen einfach das Geld schaffen. Was die Verhältnisse unserer Straßenbahn im allgemeinen anbelange, so dürfe man sagen, daß die Verhältnisse gut seien, besser jedenfalls als in vielen anderen Städten, trotz der Schwierigkeiten, die dem Verkehr in dieser Kriegszeit erwachsen seien. In der Hauptsache hätten wir das zu verdanken der Tätigkeit des Straßenbahndirektors, der sich als tüchtiger, umsichtiger Mann erwiesen habe. Man sollte alles tun, um diesen Mann im Dienste der Stadt zu halten. Es wäre zu bedauern, wenn der Straßenbahndirektor dem verlockenden Angebot nach auswärts folgen würde. Im übrigen stehe er auf dem Standpunkt, daß die Straßenbahn keine Belastung für die Stadtkasse sein dürfe. Aus diesem Grunde empfehle er die Stadtratsvorlage zur Annahme.

Stadtrat Sauer (Soz.) erklärt sich namens seiner Parteifreunde in zustimmendem Sinne zur Vorlage. Nach seiner Ansicht ist die Finanzlage der Straßenbahn so, daß eine Erhöhung der Tarife einfach nicht zu umgehen ist.

Stadtv. Donnecker (Fortschr. Vp.) wünscht, daß die Schülerkarten nicht verteuert werden. Im übrigen stimme er der Vorlage zu.

Stadtv. Müller (Zentr.) stimmt dem Antrag des Stadtrats zu. Er persönlich möchte die Abänderungsvorschläge des Herrn Trautmann nicht zur Annahme empfehlen.

Der Vorstand des städtischen Bahnamts Direktor Bussebaum gibt Aufschlüsse über einzelne Fragen betriebstechnischer Art, wobei er es als unmöglich bezeichnet, mehr Wagen auf den einzelnen Strecken laufen zu lassen.

Stadtv. Manz (Fortschr. Vp.) wünschte verschiedene Verbesserungen im Betriebe der Lokalbahnen.

Direktor Bussebaum teilt noch mit, daß die Elektrisierung der Strecke nach Daxlanden der Vollendung entgegengehe. Trotzdem könne der Betrieb in nächster Zeit nicht aufgenommen werden wegen der allgemeinen Schwierigkeiten, die sich dem Plan entgegenstellen.

Stadtv. Kiefer (Soz.) wünscht Verlegung der Verkaufszeiten für den Kauf von Monatskarten.

Stadtv.-Obmann Frey empfiehlt dringend die Abschaffung des zweimaligen Umsteigens bei der Straßenbahn. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingt, mit der Albtalbahn ein Abkommen zu treffen, bei dem die Wünsche der Besitzer von Wochenkarten berücksichtigt werden. Im übrigen müsse beachtet werden, daß die Vorlage nicht nur eine Verteuerung der Fahrpreise bringe, sondern auch eine wesentliche Verbesserung der Beförderungsverhältnisse. Im übrigen dürfe man der Entwicklung der städtischen Straßenbahn mit größtem Vertrauen entgegensehen.

An der weiteren Debatte beteiligten sich die Stadv. Weber, Hof, Trautmann, Stadtrat Dr. Dietz und der Vorsitzende.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Stadtv. Trautmann und Gen. mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen wurde die Vorlage des Stadtrats mit den Abänderungsvorschlägen des Stadtverordneten-Vorstandes gutgeheißen.

Die Herstellung von Verbindungsgleisen der Straßenbahn mit der Eilgutrampe, mit dem Gaswerk und dem Milchamt.

Diese Vorlagen sind bedingt durch den Fuhrwerksmangel.

Stadtv. Heußer (nat.-lib.) ist der Meinung, daß man die Straßenbahngleise dort legen soll, wo die Gleise auch möglichst ausgenützt werden können. Dies sei aber nicht der Fall bei dem geplanten Gleise vom Marktplatz durch die Zähringerstraße bis zur Kronenstraße. Besser wäre es, wenn man die Verbindung des Milchamts durch die Kronenstraße und Rüppurrerstraße schaffen würde. In der Rüppurrerstraße liegen ja schon die Gleise, es bedürfte nicht vieler Arbeit, um die Strecke in Verkehr zu bringen. Gerade für den Gütertransport würde sich diese Strecke besonders eignen, weil an der Linie Kronenstraße—Rüppurrerstraße große Geschäfte seien, die allein eine genügende Einnahme garantiere.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, daß dem Einbau eines Straßenbahngleises durch die Kronenstraße zurzeit große Schwierigkeiten entgegenstehen. Da aber der Anschluß des Milchamts an die Straßenbahn äußerst dränge, bitte er, die Vorlage des Stadtrats auf Anschluß durch die Zähringerstraße anzunehmen.

Stadtv. Leiser (Fortschr. Vp.) unterstützt den Wunsch des Stadtv. Heußer. Er befürchtet durch die Beförderung der Milch auf der Strecke Etlingerstraße eine Störung des Personenverkehrs.

Stadtv.-Obmann Frey gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß die Straßenbahn immer mehr für den Güterverkehr herangezogen werde. Im übrigen empfiehlt er den möglichst baldigen Ausbau der Rüppurrerstraße für den elektrischen Verkehr.

An der weiteren Debatte beteiligten sich noch Stadtv. Grund (Zentr.), Stadtrat Dewert (Zentr.), Straßenbahndirektor Bussebaum, Stadtv. Anselmen (nat.-lib.) und der Vorsitzende.

Die drei Vorlagen des Stadtrats werden hierauf einstimmig angenommen.

Aenderung der Bestattungsgebühren.

Es handelt sich hier, wie schon gemeldet, um eine Erhöhung der Bestattungstaxen.

Zu der Vorlage ist ein Antrag der Zentumsfraktion eingelaufen, in dem der Wunsch ausgedrückt ist, im Falle der Einäscherung einer Leiche die zu erhebende Einäscherungstaxe besonders anzurechnen und sie nicht in den erhöhten Bestattungstarif einzuschließen.

Stadtv. Müller (Zentr.) begründet den Antrag mit dem Hinweis, daß, wer sich den Luxus der Feuerbestattung leiste, dies auch entsprechend zahlen solle. In der jetzigen Zeit des Kohlenmangels sollte man Einäscherungen im Krematorium aus Sparsamkeitsgründen unterlassen.

Stadtrat Dr. Weill meint, die Anhänger der Feuerbestattung hätten genau dieselben Rechte wie die Anhänger der Erdbestattung. Auf jeden Fall dürfen die Anhänger der Feuerbestattung wegen ihrer Gesinnung nicht schlechter behandelt werden bei der Gestaltung der Taxen. Bisher haben die Anhänger der Feuerbestattung immer mehr bezahlen müssen. Das sei eine Ungerechtigkeit und eine Untoleranz.

Stadtv. Hermann (Fortschr. Vp.) regt an, einen Einheitstarif für Beerdigungen zu schaffen, da im Tode alle Menschen gleich seien.

Stadtv. Stehlin (nat.-lib.) regt an, bei Beisetzung von ganz Armen für etwas Blumen- bezw. Pflanzenschmuck in der Kapelle zu sorgen.

Bei der Abstimmung wurde der Zusatzantrag der Zentrumsfraktion abgelehnt und die Vorlage des Stadtrats angenommen.

Aenderung der Dienst- und Gehalts-Ordnung für die Beamten.

Die Vorlage sieht die Schaffung einiger neuen Stellen vor, die einstimmig genehmigt werden.

Der letzte Punkt betrifft die Festsetzung der Gas- und Strompreise, die nach dem Vorschlage des Stadtrats bis auf weiteres in der bisherigen Höhe belassen werden.

Schluß der Sitzung ½9 Uhr.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle.

23. Febr.: Sarah Goldschmidt, 54 J., Ehefrau von Julius Goldschmidt, Privatmann; Erwin, 7 J., V. Friedrich Guhl, Bahnarbeiter. — 24. Febr.: Friedrich, 2 J. 5 Mt. 28 Tg., V. Emil Bohn, Schuhmacher; Magdalene Burckhard, 86 J., Witwe von Johann Wendel Burckhard, Schneider. — 25. Febr.: Irmgard, 1 J. 5 Mt. 22 Tg., V. Wilhelm Winter, Friseur; Sophie Back, 47 J., Witwe von Otto Back, Hauptlehrer.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

WTB. **Karlsruhe**, 25. Febr. In der gestern abgehaltenen Generalversammlung der Gesellschaft für Brauerei-, Spiritus- und Preßhefe-Fabrikation vorm. G. Sinner in Karlsruhe-Grünwinkel, in der 26 Aktionäre mit 5873 Stimmen vertreten waren, wurden die Regularien genehmigt und die Verteilung einer sofort zahlbaren Dividende von 16 Proz. beschlossen. Die bisherigen Mitglieder des Aufsichtsrates wurden wiedergewählt. — Der Antrag der Verwaltung, 875 Stammaktien der Gesellschaft, die ihr von einem Konsortium zu dessen Einstandspreis zur Verfügung gestellt wurden, den Aktionären zum Nennwerte zu überlassen, wurde einstimmig zum Beschlusse erhoben. Auf je sieben Stammaktien entfällt eine Aktie. Der Unterschied zwischen dem Nennwert und dem Einstandspreise von 269 Proz. wird durch Entnahme aus der Sonderrücklage der Gesellschaft gedeckt. Das Bezugsrecht soll nicht durch Vorlage der Dividendenscheine, wie erst beabsichtigt, ausgeübt werden, sondern durch Vorlage der Aktien-Mäntel. In den nächsten Tagen werden die näheren Modalitäten bekannt gegeben werden.

Der Anbau von Tabak.

Der Staatsanzeiger schreibt: Durch Verordnung vom 2. April 1917 über den Anbau von Tabak im Jahre 1917 wurde bestimmt, daß der Anbau von Tabak nur denjenigen Landwirten gestattet ist, welche im Jahre 1916 Tabak gepflanzt haben, imstande sind, sich und ihre Wirtschaftsangehörigen aus ihrem Betrieb mit Kartoffeln und Brotgetreide selbst zu versorgen und das hierfür erforderliche Saatgut zu ziehen. Maßgebend für den Erlaß dieser Verordnung war die Wahrnehmung, daß infolge des Ansteigens der Tabakpreise während des Krieges der Anbau von Tabak zum Nachteil des Anbaues von Kartoffeln und Getreide ausgedehnt wurde. Eine Verminderung des bisherigen Tabakanbaues schien zwar nicht erforderlich, da die Anbaufläche des Jahres 1916 den höchsten Stand der Anbaufläche im Frieden nicht erreicht hatte, die Einfuhr von Tabak fast völlig unterbunden ist und der Heeresbedarf an Tabak gedeckt werden soll. Dagegen war eine weitere Einschränkung der Nahrungsmittelerzeugung zugunsten des Tabakbaues zu vermeiden. Diese Erwägungen treffen auch für 1918 zu. Es ist daher auch für das laufende Jahr die gleiche Beschränkung des Tabakbaues erfolgt. Gesuche um Ausnahmebewilligung von der angeordneten Anbaubeschränkung sind längstens bis 1. April 1918 beim Bürgermeisteramt einzureichen, welches die Gesuche nach erfolgter Begutachtung an das Bezirksamt zur Entscheidung weitergibt.

Letzte Drahtberichte.

)(**Berlin**, 26. Febr. Dem „Berl. Tagebl." wird aus München berichtet, daß die noch bis in die letzten Jahre hinein weltberühmte Pianistin und Pädagogin Sofie Menter im Alter von 72 Jahren gestorben ist.

Der englische Heeresersatz.

WTB. **London**, 25. Febr. (Reuter.) Der Minister für nationalen Hilfsdienst Sir Auckland Geddes erklärte in einer Versammlung aus dem Dienst entlassener Seeleute, die Regierung würde ihren Grundsatz, daß alle dienstfähigen Männer in Munitionsfabriken, die noch nicht gedient hätten, ausgehoben und durch andere ersetzt werden sollten, jetzt in weitem Umfange durchführen. Genauere Zahlen zu geben, würde nicht klug sein, aber die Zahl derjenigen, die jetzt zum Heeresdienst eingezogen werden könnten, sei so groß, daß die notwendige Gesamtzahl verhältnismäßig früh im Jahre zusammen sein werde. Ueber 85000 Mann sei bereits verfügt, man wünsche aber 100000 Mann aufzubieten.

Der kranke Caillaux.

() **Berlin**, 26. Febr. Wie dem „Berl. Lokalanz." aus Genf berichtet wird, hat der Pariser Gerichthof keinerlei Vergiftungserscheinungen an dem in der Zelle untersuchten Caillaux wahrnehmen können. Es heißt, Caillaux Magenleiden habe sich infolge der ungewohnten Kost verschlimmert.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

)(**Berlin**, 26. Febr. Nach Mitteilungen Budapester Blätter wird, wie es im „Berl. Lokalanzeiger" heißt, Oesterreich-Ungarn von Rumänien militärische und wirtschaftliche Sicherheiten verlangen. Die siebenbürgische Frage, die Frage der Dobrudscha und die Frage der unteren Donau würden im Vordergrund der Verhandlungen stehen.

WTB. **Wien**, 24. Febr. Das K. K. Correspondenz-Büro meldet aus Bukarest: Als Vertreter Bulgariens bei den Verhandlungen mit Rumänien sind Finanzminister Tontscheff und der Vize-Präsident der Sobronje Dr. Montschilow in Bukarest eingetroffen. Die türkischen Vertreter, Minister des Äußeren Achmet Nessimi Bey und General Izzet Pascha [illegible] treffen, den bisherigen Dispositionen zufolge, am Dienstag hier ein. Die Vertreter Rumäniens, Ministerpräsident General Averescu, weilt bereits seit einigen Tagen in Bukarest.

Erklärung des Standrechts in Petersburg.

* **Berlin**, 25. Febr. Havas berichtet, wie die „B. Z." aus Basel erfährt, daß in Petersburg das Standrecht erklärt wurde. Alle ausländischen Agenten, Spekulanten, Herumtreiber, Agitatoren und Spione werden mit dem Tode des Erschießens bedroht.

Eine Niederlage Alexejews.

)(**Berlin**, 25. Febr. Der „Neuen Züricher Zeitung" zufolge meldet laut „B. T." die Petersburger Telegraphenagentur: Es bestätigt sich, daß die Abteilungen des Generals Alexejew in der Gegend von Woronesch eine schwere Niederlage erlitten haben. Die Kosaken wurden umzingelt und entwaffnet.

Ausweisung der Engländer aus Rußland.

WTB. **Bern**, 24. Febr. Der „Temps" meldet aus Petersburg: Das Exekutivkomitee des Zentratrates der Sowjets beschloß, alle Maßnahmen der bolschewistischen Regierung im Hinblick auf den Friedensschluß gutgeheißen. Die militärpflichtigen Engländer wurden aufgefordert, sich zum Verlassen Rußlands binnen sechs Stunden bereitzuhalten. Den übrigen Engländern wurde der Rat erteilt, Rußland so schnell wie möglich zu verlassen. In Smolensk hat eine Militärkonferenz stattgefunden.

Schweden und Aaland.

WTB. Stockholm, 25. Febr. Svensla Tel.-Byran. Nachdem eine Vereinbarung bezüglich der Aalandsinseln von russischen und finnischen Streitkräften getroffen worden ist, hat die Regierung gemäß Ermächtigung des Reichstages beschlossen, eine Abteilung zur Kontrolle, Bewaffnung und zum Schutze der Bevölkerung gegen Gewalttätigkeiten dorthin zu senden. Am Abend schiffte sich die Mannschaft in Anwesenheit des Königs, des Kronprinzen und seiner Söhne ein. Auch eine große Volksmenge war zugegen, die die Truppen mit Hurrarufen begrüßte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Amtliche Nachrichten.

* Der Großherzog hat den Oberbetriebsinspektor Otto Schifferdecker in Karlsruhe unter Verleihung des Titels Regierungsrat zum Mitglied der Generaldirektion der Staatseisenbahnen ernannt, den Registrator Joseph Schönleber beim Ministerium des Kultus und Unterrichts unter Verleihung des Titels „Oberverwaltungssekretär", die Revisoren Heinrich Keller beim Evangelischen Oberkirchenrat und Julius Schlageter beim Katholischen Oberstiftungsrat unter Verleihung des Titel „Oberrevisor", ferner den Musiklehrer Hugo Rahner am Lehrerseminar in Ettlingen, die Reallehrer Karl Keller am Gymnasium in Mannheim, Ferdinand Kraus am Realprogymnasium in Ettlingen, Andreas Staub an der Höheren Mädchenschule in Lahr, Alois Stolz an der Realschule in Wiesloch und Emil Wehrle an der Höheren Mädchenschule in Freiburg sowie die Zeichenlehrer Friedrich Bollinger an der Oberrealschule in Pforzheim, Karl Dorn an der Realschule in Ueberlingen, Adolf Mangold am Gymnasium in Offenburg und Theodor Schindler am Gymnasium in Mannheim auf 1. Januar d. J. landesherrlich angestellt.

* Der Großherzog hat den Vorsitzenden von Kammern für Handelssachen, Landgerichtsräten Ernst Kircher und Dr. Siegfried Bodenheimer in Mannheim den Titel und Rang eines Landgerichtsdirektors und dem Privatdozenten Dr. Hans Schelble an der Universität Freiburg den Titel außerordentlicher Professor verliehen.

Der Großherzog hat dem Postinspektor Albert Wild aus Steinmauern mit Wirkung vom 1. Februar d. J. eine Postinspektorsstelle bei dem Postamt Pforzheim übertragen.

Der von dem Fürsten Max Egon zu Fürstenberg auf die Pfarrei Altglashütten, Dekanats Neustadt, präsentierte bisherige Pfarrverweser Karl Hirzle in Sasbach ist am 27. Januar d. J. kirchlich eingesetzt worden.

*

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen rc.

der etatmäßigen Beamten der Gehaltstarifabteilungen H bis K sowie von nichtetatmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.

Beamteneigenschaft verliehen: dem Kanzleigehilfen Karl Kling beim Amtsgericht Mannheim und der Maschinenschreiberin Maria Müller beim Notariat Bühl.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Beamteneigenschaft verliehen: der Oberköchin Franziska Schöttgen bei der Universitätsfrauenklinik in Freiburg.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Innern.

Versetzt: Aktuar Philipp Rösch in Säckingen zum Bezirksamt Karlsruhe und Schutzmann Albert Hörenberg in Karlsruhe nach Freiburg.

Zuruhegesetzt: Amtsdiener Theodor Meister in Sinsheim auf Ansuchen.

— Großh. Verwaltungshof. —

Etatmäßig angestellt: Wärter Emil Hummel bei der Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim.

Gestorben: Wärter August Lehmann bei der Heil- und Pflegeanstalt Illenau am 11. Februar 1918.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Finanzen.

— Zoll- und Steuerdirektion. —

Versetzt: der Büroassistent Eugen Rüger in Ettlingen zum Steuerkommissär für den Bezirk Karlsruhe-Stadt.

Enthoben: die Steuererheber Franz Joseph Ernst in Wintersweiler und Wendelin Huber in Herztal auf Ansuchen, dieser unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste.

Entlassen: der Steuererheber Gustav Stellberger in St. Leon am 5. Februar d. J.

Gestorben: der Steuererheber Johann Huck in Schmieheim am 2. Februar d. J.

— Staatseisenbahnverwaltung. —

Ernannt: zum Stationsvorsteher: Stationsaufseher Franz Schwab in Löffingen; zu Lokomotivführern: die Reserveführer Friedrich Keßler in Haltingen, Heinrich Daub in Karlsruhe, Alfred Götzmann in Karlsruhe, Georg Reinle in Mannheim, Rudolf Kuhn in Heidelberg, Anton Kohler in Lauda, Karl Hoßmann in Waldshut und Emil Wolf in Haltingen; zu Zugmeistern: die Schaffner Jakob Hölzel in Karlsruhe, Jakob Schumacher in Rastatt, Ludwig Wagenblaß in Heidelberg, Wilhelm Hund in Offenburg und Joseph Dettinger in Freiburg.

Etatmäßig angestellt: als Betriebsassistenten: die Bürogehilfen Karl Freund in Mannheim, Joseph Engelmann in Waldshut und Georg Hallwachs in Untergrombach; als Schaffner: die Schaffner Andreas Häffner in Heidelberg, Friedrich Decker in Singen (Hohentwiel), Julius Winter in Karlsruhe, Andreas Munz in Pforzheim, Anton Westermann in Baden-Oos, Karl Schaber in Pforzheim, Alfons Klug in Mannheim, Valentin Münkel in Heidelberg, der Lademeister Adolf Friedrich in Freiburg, der Bremser Jakob Kirchner in Mannheim; als Wagenrevident: Jakob Rimmler in Heidelberg; als Lokomotivheizer: Daniel Pfisterer in Heidelberg, Otto Bürkle in Freiburg, Karl Kopfmann in Freiburg, Friedrich Stier in Baden-Oos, Jakob Salzer II in Offenburg, Karl Maier in Mannheim, Karl Münkel in Walldürn, Julius Bölle in Konstanz, Ernst Maier in Freiburg, Johann Reichle in Konstanz, Ludwig Schauber in Freiburg, Heinrich Dorner in Heidelberg und Rupert Stecher in Mengen; als Bahn- und Weichenwärter: Friedrich Zweigart in Donaueschingen, Joseph Ziegelmüller in Karlsruhe und Adolf Münzer in Offenburg; als Amtsdiener: Franz Erhard in Mannheim; als Bremser: Franz Brenner in Karlsruhe, Kilian Singer in Karlsruhe, Johann Weiß in Villingen, Georg Hettenbach in Mannheim und Wilhelm Rund in Karlsruhe. — Bürogehilfe Joseph Kiefer in Gernsbach wurde unter die Zahl der Eisenbahnassistenten wieder aufgenommen.

Ins nichtetatmäßige Beamtenverhältnis aufgenommen: als Schaffner: Lukas Zwin von Berau; als Bremser: Albert Hauser von Luttingen.

Vertragsmäßig aufgenommen: als Maschinist: Heinrich Hassert von Hoffenheim und Richard Zerr von Sulzbach; als Maschinenwärter Otto Göppert von Zell i. W. und Wilhelm Brenneisen von Haltingen; als Weichenwärter: Michael Wölker in Hockenheim, Michael Schmitt in Gerlachsheim, Karl Feil in Mingolsheim und Ferdinand Salzer in Wiesental.

Versetzt: Lokomotivführer Ernst Bausch in Konstanz nach Karlsruhe, Werkführer Philipp Schuh in Mannheim nach Schwetzingen, Lokomotivheizer Alfred Ruf III in Freiburg nach Hausach, Lokomotivheizer Karl Ockenfuhr in Hausa nach Offenburg, Rottenführer Karl Kunzmann in Gutingen nach Pforzheim, Eisenbahnassistent Heinrich Rexer in Hausach nach Mannheim, Bürogehilfe Artur Huber in Titisee nach Karlsruhe, Bürogehilfe Karl Hafner in Weil-Leopoldshöhe nach Konstanz, Kanzleigehilfe Christian Kumm in Durlach zur Zentralverwaltung.

Zuruhegesetzt: wegen vorgerückten Alters, unter Anerkennung ihrer langjährigen treuen Dienste: Betriebsassistent Julius Amann in Haltingen, die Lokomtivführer Joseph Berger I in Offenburg, Jakob Lamerdin in Mannheim und Lorenz Wiederhold in Waldshut, Bremser Edelbert Frey in Freiburg; wegen leidender Gesundheit, unter Anerkennung ihrer langjährigen treuen Dienste: Betriebsassistent Albert Kunzweiler in Freiburg, die Lokomotivführer Joseph Faißt in Offenburg und German Weißhaar in Villingen; wegen leidender Gesundheit: Bremser Franz Hahn in Mannheim; bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit: die Lokomotivführer Emil Bisser in Basel und Karl Stork in Freiburg.

Entlassen: Bürogehilfe Karl Fürst in Mannheim, Lokomotivheizer Jakob Nägele in Mannheim und Valentin Gund in Mannheim, beide wegen körperlicher Untauglichkeit, Friedrich Ihle von Oos, Hilfsheizer in Baden-Oos.

Gestorben: Weichenwärter Martin Eberhard in Scheffleng am 4. Januar l. J., Schaffner Joseph Stolz in Walldürn, am 7. Januar l. J., Reserveführer August Ringer in Mannheim, am 10. Januar l. J., Weichenwärter Karl Keller in Mannheim, am 14. Januar l. J., Reserveführer Joseph Linderer in Mannheim, am 18. Januar l. J., Weichenwärter Vinzenz Knapp in Rastatt, am 21. Januar l. J., Wagenaufschreiber Lorenz Weick in Heidelberg, am 26. Januar l. J., Lokomotivführer Albert Schlemmer in Karlsruhe, am 30. Januar l. J., Weichenwärter Joseph Martin in Zimmern am 31. Januar l. J. und Rottenführer Joseph Hornung in Karlsruhe, am 3. Februar l. J.

Stadtgarten-Jahreskarten.

Wir laden höflichst zur Lösung von Jahreskarten für die Zeit vom 1. April 1918 bis 31. März 1919 ein.

Die Preise sind für:

1. eine Hauptkarte 6 ℳ
2. eine Beikarte 3 ℳ
3. eine Karte für Schüler staatlicher oder städtischer Lehranstalten 3 ℳ

Zur Lösung von Jahreskarten ist es nötig bei einem der beiden Einnehmer am nördlichen oder südlichen Eingang einen Bestellschein zu entnehmen und auszufüllen. Nach Rückgabe der Bestellscheine erfolgt die Ausstellung der Karten in der Reihenfolge des Einlaufs der Bestellungen. Die Einlösung der Karten kann nur bei dem Einnehmer erfolgen, bei dem der Bestellschein abgegeben wurde. Schülerkarten werden nur nach Vorlage eines Ausweises des Klassenlehrers ausgegeben.

Mit der Ausgabe der Karten wird jetzt schon begonnen. Wer Wert darauf legt, seine Karte am 1. April im Besitz zu haben, wird gebeten sie möglichst frühzeitig zu bestellen, damit die Ausstellung bis zu diesem Tage möglich ist. K 5

Städt. Gartenamt.

Vaterländische Volksfeiern.

Aufführung von

Minna von Barnhelm

Lustspiel von G. E. Lessing.

im Großherzoglichen Hoftheater

am Sonntag, den 3. März, nachmittags 2 Uhr.

Eintrittskarten für Kriegerfrauen, die ihre Ausweiskarten vorzeigen wollen, zum Preise von **30** und **60** Pfennig im Geschäftszimmer des Nationalen Frauendienstes, **Rathaus, Zimmer No. 17,** am Mittwoch, den 27. Februar, von 3—6 Uhr nachmittags. 1241

Soeben erschien:

Ansprache

Seiner Großh. Hoheit des

Prinzen Maximilian von Baden

in der

öffentlichen Sitzung der Ersten Kammer

am 14. Dezember 1917.

Preis 25 Pfg.

Die Rede des Prinzen Max, die seinerzeit so viel Beachtung und Widerhall in allen Zeitungen fand, erscheint, durch die große Nachfrage veranlaßt, als Sonderdruck aus den Landtagsberichten im **Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei** hier. Prinz Max gibt einen klaren Ueberblick über die gegenwärtige Lage und über die Anfänge und Ursachen des Krieges und seine politischen und wirtschaftlichen Folgen. Es ist also hiermit weiteren Kreisen Gelegenheit gegeben, sich dieser warmen, ehrlichen Worte des Prinzen Max zu erfreuen, und es ist zu wünschen, daß seine bemerkenswerte Rede in recht viele Hände kommen möge.

Zu beziehen auch von der

Geschäftsstelle der „Bad. Landeszeitung",

Karlsruhe, Hirschstraße 9

(bei unseren Trägerinnen erhältlich).

Städt. Konzerthaus

Donnerstag, den 28. Februar

abends 1/2 8 Uhr

Rudolf Essek

in **Brandstifter**

Drama in 1 Akt von **Heijermanns**, sowie

ernste und heitere Vorträge

Vorverkauf: **Fritz Müller,** Musikalienhandlung, — Kaiserstrasse 124. — 1225

Preise der Plätze: **4.—, 3.— 2.— Mk.**

Lustige Blätter

Durch wundervolle Bilder und packenden Text

das humoristische Leibblatt

aller Feldgrauen und Daheimgebliebenen!

Feldpost- und Probe-Abonnements monatlich nur Mark 1.60. bei allen Buchhandlungen u. Postanstalten.

Verlag der Lustigen Blätter in Berlin SW. 68.

Papiergewebe

starke Qualitäten, in verschiedenen Breiten, roh und imprägniert, naturfarbig und feldgrau, größere Mengen vom Lager abzugeben. 8028

Friedr. Wilh. Koch, Elberfeld, Wörtherstr. 14.

Wir **suchen** für unser Fabrikbüro einen

Beamten

mit guter Handschrift, welcher flott **Stenographie** und **Schreibmaschine** schreiben kann, für einfache **Korrespondenz** und **statistische Arbeiten** etc. Nur an gewissenhaftes Arbeiten gewöhnte Herren, auch Kriegsbeschädigte, mit guten Zeugnissen, wollen Offerte einreichen unter Angabe der Gehaltsansprüche mit Lichtbild unter der Aufschrift **„Fabrikbeamter"** an: 15021

Werner & Mertz, Mainz.

Ia Speise-Steinsalz

in kompletten Ladungen können wir noch günstig liefern.

Sächsisch-Anhaltischer Eisenhandel

G. m. b. H. — Abteilung Salze.

Stassfurt Leopoldshall

Telegramm-Adresse: **Eisenhandel.** 8019 Fernsprecher: **Nr. 545.**

Städt. Arbeitsamt

Gesucht werden

Köchinnen für Privat

Mädchen für alles

Mädchen z. Anlernen

sowie

Stundenfrauen für häusliche Arbeiten

für sofort oder später

Städt. Arbeitsamt

Hilfsdienst-Meldestelle Karlsruhe

Zähringerstr. 100, II. Stock.

Die Städt. Brockensammlung

Baumeisterstr. 32

— Hinterhaus —

nimmt für die Bedürftigen der Stadt dankbar jede Gabe in Hausrat, Männer-, Frauen- und Kinder-Kleider, Wäsche, Stiefel rc. entgegen. C 1

Ich **suche** für meinen 16½ jähr. Sohn, d. eine Handelssch. bes. hat, eine

Lehrstelle

in einem guten kaufm. Geschäfte. Angebot. u. nähere Angaben erb. unter Postf. Nr. 29, Edenkoben, Pfalz. 7016

Selbständig arbeitende gewandte

Stenotypistin

für sofort gesucht. Selbstgeschriebenes Angebot mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter Nr. 1178 an die Geschäftsstelle der „Bad. Landeszeitung" erbeten.

Sie tun gut,

Ihre **Pelze** jetzt **ändern** zu lassen, da noch gute Zutaten erhältlich sind. 1023

Douglasstraße 8, part.

Werkschreiber

zu sofortigem Eintritt gesucht.

Angebot mit Zeugnisabschriften, sowie Angabe der Gehaltsansprüche, des frühesten Eintrittstermins und der Militärverhältnisse an 1232

Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe

Karlsruhe (Baden).

Darlehen

gewähre in jeder Höhe solventen Personen. Ia. Referenzen. **Ad. Fritz Hamburg 24.** 150

Seltene Gelegenheit.

Durch Uebernahme grösserer Bestände

offerieren wir — sehr preiswert

ca. 100 Pianos u. Harmoniums

u. a. Stuttgarter, Heilbronner, Leipziger u. Berliner Fabrikate, zum Teil Friedensware, zum Teil gespielte Instrumente. Auch Teilzahlung gestattet. 1227

L. Spiegel & Sohn,

kgl. bayr. Hoflieferant,

Ludwigshafen a. Rh.

Jäger.

Erstklassiges **Drillinggewehr**, hahnlos, Anson u. Deley, Elektro-Stahlläufe, Kal. 16, 16, 9,3 × 72, sowie neue **Doppelbüchse**, Hähnel-Patent-Sicherheitsgewehr, Kal. 11 mm, preiswert bei 7018

Büchsenmacher **Ernst Volgt,** Schillerstr. 43, b. d. Bonif.-Kirche

---

Erzieherin

oder Kindergärtnerin

1. Klasse zu 2 Knaben im Alter von 7 und 10 Jahren

gesucht.

Selbige muß die Schularbeiten beaufsichtigen, musikalisch sein. Erwünscht wäre gutes Französisch. Stellung sehr selbständig und angenehm. 8029

Fr. Walther Hannes,

Cöln,

Obenmarspforten 13.

National-

Kontrollkassen

jeder Art gegen bar zu kaufen gesucht. Angebote unter 15006/I an die Geschäftsstelle d. Blattes

---

Großherzogl. Hoftheater. 2053

Dienstag, den 26. Februar, B 40 (gelbe Karten):

Neu einstudiert:

Der schwarze Domino.

Anfang 7 Uhr. Ende 1/2 10 Uhr.